

Nachhaltige und gute Ernährung für alle!

Planetare Grenzen und menschliche Grundbedürfnisse gleichermaßen anerkennen und danach handeln – auch in NRW

**Der Forderungskatalog
des Netzwerks der Ernährungsräte
zur Transformation des Ernährungssystems NRW**

vertreten durch den
Verein *Ernährungsräte des Landes NRW* e.V.

Kurzfassung
*für das Landesernährungsprogramm NRW
2027-2032*

Holger Kreft, 13. März 2026

Die Ernährungswende braucht einen geeigneten politischen Rahmen!

Mehr als Bio-Quote: NRW braucht ein echtes Ernährungsprogramm

Wir brauchen in NRW ein Landesernährungsprogramm für 2027–2032. Natürlich gehören dazu bessere Gemeinschaftsverpflegung, mehr Bio, mehr Regionalität, größere pflanzliche Anteile (mehr Hülsenfrüchte!), weniger Verschwendung und die entsprechende Bildung für viele verschiedene Zielgruppen.

Aber wenn wir unser Anliegen ernst meinen, müssen wir weiter gehen:

- Wir brauchen mehr Forschung und Innovation für nachhaltige Ernährungssysteme, eine verbindliche Zusammenarbeit aller Ressorts – von Landwirtschaft über Gesundheit und Umwelt bis Wirtschaft – und klare, messbare Ziele mit gutem Monitoring.
- Ebenso wichtig sind wirksame Steuerungsinstrumente, die nachhaltige Produktion und Konsum wirklich fördern statt mit umweltschädlichen Subventionen falsche Strukturen zu stabilisieren.
- Wir brauchen mehr Transparenz, kein zeit- und nervenfressendes Kompetenzgerangel zwischen den verschiedenen Einrichtungen oder Wegschieben von Verantwortung, also eine echte Kultur konstruktiver Zusammenarbeit auf Augenhöhe.
- Notwendig sind wissenschaftsbasierte Entscheidungen und langfristige Transformationspfade bis 2040. Zudem sollte eine langfristige Zielbindung gegenüber kurzsichtiger Legislativlogik gestärkt werden.
- Und schließlich sollten für alle Akteur:innen Dialogformate eingerichtet werden, die die ökonomischen, kulturellen, juristischen u.a. Voraussetzungen thematisieren, die eine nachhaltige Ernährung substanziell gefährden oder sogar unmöglich machen.

Ein Landesernährungsprogramm sollte genau dafür den geeigneten Rahmen schaffen.

1. Soziale Gerechtigkeit im Ernährungssystem verbessern

- Sicherstellung fairer Preise, sozial gerechter Lebensmittelzugänge und fairer Arbeitsbedingungen entlang der Wertschöpfungsketten: Zugang zu gesunder, schmackhafter Ernährung für alle Menschen,
- unkomplizierte (auch strukturell wirksame) Ausgleichsmechanismen bei Benachteiligungen

2. Klimaschutz und Ressourcenschonung forcieren

- Verringerung ernährungsbezogener Emissionen, effiziente Nutzung von Wasser, Boden und Energie
- Förderung pflanzenbasierter, ressourcenschonender und damit auch klimafreundlicher Ernährung / regionaler Eiweißpflanzen (Leguminosen-Offensive NRW)
- Förderprogramme für Betriebe beim Umbau hin zu pflanzenbasierter oder tierärmerer Produktion.

3. Anpassungsfähigkeit an Krisen verbessern

- Reduktion von Abhängigkeiten, Unterstützung bei der Diversifizierung der Versorgungsstrukturen; Strategien für Ernährungssicherheit bei Lieferkettenunterbrechungen in Krisenfällen (Klimakatastrophen, Pandemien, Kriege)
- Aufbau von Vorratssystemen, Stärkung von Flexibilität
- Regionalität und lokale Versorgung stärken: Unterstützung regionaler Produktion, Vermarktung und Verarbeitung

4. Mit dem demographischen Wandel konstruktiv umgehen

- Strategien zum Fachkräftemangel in den verschiedenen Aufgabenbereichen und Handlungsfeldern entwickeln, fördern und vernetzt umsetzen (im Lebensmittelhandwerk, in der Lebensmittelkontrolle)

5. Tierwohl und ethische Produktion fördern

- Starke Reduktion von Massentierhaltung, Förderung tiergerechter Haltungssysteme, verbindliche Tierschutzstandards über Bundesrecht hinaus
 - Landesweite Mindeststandards mit deutlich mehr Platz, Außenklima- bzw. Weidezugang
 - Transparente Haltungskennzeichnung auch in Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung
 - Keine Landesförderung für Neubauten, die lediglich Mindeststandards erfüllen
 - Stufenplan zur Reduktion industrieller Tierbestände mit Umbaufonds „Tierhaltung“

6. Bildung für größere und breitere Ernährungskompetenz

- Schulische, berufliche und öffentliche Bildung zu Ernährung, zu Klima- und anderen positiven Folgen und gesunder Lebensführung

7. Partizipation und Mitgestaltung ermöglichen

- Alle Bürger:innen einladen und in die Lage versetzen sich gut einbringen zu können, um an strategischen Entscheidungen mitzuwirken
- Alle Entscheider:innen in Politik und (Ministerial-)Verwaltungen dazu befähigen, dass sie sich auf eine umfangreiche Mitwirkung der Bürger:innen einlassen können

8. Lebensmittelverluste vermeiden

- Reduzierung entlang der gesamten Wertschöpfungskette (Landwirtschaft, Handel, Gastronomie, Haushalte)
- Förderung von Weiterverarbeitung, Redistribution und Abfallvermeidung

9. Qualitativ hochwertige Gemeinschaftsverpflegung deutlich ausweiten

- Schul- und Betriebskantinen: mehr Bio, pflanzenbasierte Gerichte, regionale Produkte, ansprechende Präsentation

10. Transparente Kennzeichnung und Information

- Einheitliche, leicht verständliche Kennzeichnung von Lebensmitteln zu Umweltwirkung, Tierwohl, Gesundheit und Herkunft

11. Ressourcenschonende Verpackung und Logistik

- Förderung klimafreundlicher, recyclebarer Verpackungen und effizienter Logistiksysteme

12. Sozial-ökologisch ausgerichtete Forschung und Innovationen fördern

- Unterstützung von Forschung, Innovationen und Digitalisierung für nachhaltige Produktion, Verarbeitung und Logistik
- Innovationen in der Organisation von Politik- und Verwaltungshandeln

13. Verbindliche Zusammenarbeit stärken und ganzheitliche Politikintegration fördern (*Whole-of-Government-Ansatz*)

- Umwelt-, Landwirtschafts-, Ernährungs-, Gesundheits- und weitere Strategien ressort- und ebenenübergreifend leitbild- und zielbezogen koordinieren
- Kohärente und langfristig wirksame Strategien verbinden die Aufgaben in den Feldern Ernährung, Landwirtschaft, Gesundheit, Umwelt, Bildung, Soziales und Wirtschaft
- Verbindliche messbare Zielvorgaben setzen, die SDGs als Maßstab nutzen, an nationale und EU-Programme anbinden
- Monitoring, Evaluierung und öffentliche Berichte
- Politische Verantwortung und klare Zuständigkeiten unterstützt durch eine Kultur zielgerichteter Verständigung ohne Kompetenzgerangel oder Wegschieben von Verantwortung

14. Steuerungsinstrumente schärfen

- Anreize setzen und verstärken, um nachhaltige Produktions- und Vermarktungsformen zu fördern
- Umweltschädliche Subventionen drastisch senken
- Einführung wirksamer Maßnahmen zur Lenkung von Konsum, Produktion und Verarbeitung hin zu Nachhaltigkeit und für intra- und intergenerationale Gerechtigkeit

15. Demokratische Kultur, Transparenz und Zukunftsorientierung stärken; öffentliche Diskurse über strukturelle Ursachen organisieren

- Reduktion einseitiger Einflussnahme und Stärkung gemeinwohlorientierter Politik
- Langfristige Zielbindung gegenüber kurzfristiger Legislativlogik stärken; politische Entscheidungen stärker an wissenschaftlicher Evidenz, Generationengerechtigkeit und langfristiger Resilienz ausrichten
- Einführung verbindlicher Transformationspfade bis 2040 mit Zwischenzielen
- „Zukunftsfolgenabschätzung“ für alle relevanten politischen Entscheidungen (Klima-, Biodiversitäts-, Gesundheits- und Sozialfolgen) gesetzlich verankern
- Verpflichtung zur Begründung, wenn politische Maßnahmen von wissenschaftlichen Empfehlungen abweichen
- Transparenz- und Lobbyregister mit Ernährungsschwerpunkt ausbauen
- Bekenntnis zu ernsthaften und professionell durchgeführten Dialogformaten zwischen Politik, Verwaltungen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Verbraucher:innen und deren tatsächliche Umsetzung: Thematisierung der ökonomischen, kulturellen, juristischen u.a. Rahmenbedingungen, die eine nachhaltige Ernährung substantiell gefährden oder sogar unmöglich machen

*Diese Kurzfassung in Abständen
mit der Langfassung abgleichen*